



KT/04/2012

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 14.12.2012, 15:05 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:05 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Landrat Detlev Kohlmeier
Herr KTA Klaus Dera, 31592 Stolzenau
Herr KTA Bernd Brieber, 31608 Marklohe
Herr KTA Manfred Sanftleben, 31582 Nienburg
Herr KTA Friedrich Andermann, 31634 Steimbke
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup, bis TOP 8 (16:31 Uhr)
Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe
Herr KTA Werner Dralle, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmen
Frau KTA Dörthe Heuer, 31603 Diepenau
Herr KTA Fritz-Karsten Hüneke, 31628 Landesbergen
Herr KTA Rüdiger Kaltoven, 31604 Raddestorf
Herr KTA Henry Koch, 31622 Heemsen
Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau
Herr KTA Wilhelm Schlemermeyer, 31582 Nienburg
Herr KTA Dr. Frank Schmäddeke, 31622 Heemsen
Frau Tanja Schröder-Bohm, 31600 Uchte
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Hans-Hermann Steinmann, 31592 Stolzenau
Herr KTA Hansjürgen Waering, 31595 Steyerberg
Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg
Herr KTA Jens Beckmeyer, 31592 Stolzenau
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe

Frau KTA Insa Höltnke, 31608 Marklohe
 Frau KTA Barbara König-Meyer, 31609 Balge
 Herr KTA Heinz-Dieter Meinzen, 31628 Landesbergen
 Frau KTA Birgit Menzel, 31582 Nienburg
 Frau KTA Ute Paczkowski, 31623 Drakenburg
 Herr KTA Heinz Schmidt, 27324 Hämelhausen
 Herr stellv. Landrat Grant Hendrik Tonne, 31633 Leese
 Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg
 Herr KTA Hartmut Waschke, 31582 Nienburg
 Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte
 Herr KTA Günter Kesebom, 27324 Hassel
 Herr KTA Friedrich Leseberg, 31634 Steimbke, bis TOP 7 (16:17 Uhr)
 Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
 Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg
 Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg
 Herr stellv. Landrat Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau
 Frau KTA Christiane Bormann, 31582 Nienburg
 Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg
 Herr KTA Falk Huneke, 31595 Steyerberg

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Klein
 Herr Kreisrat Thomas Schwarz
 Frau KOAR Gun Dachs, Fachbereich Finanzen
 Frau Christine Graubohm, Vorzimmer LR, als Stenotypistin
 Herr KAR Torsten Röttschke, Büro des Landrates, als Protokollführer

Zuhörer

18 Zuhörerinnen und Zuhörer

Presse

Herr Henschel, Kreiszeitung

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
 Herr KTA Bernd Meyer, 27333 Schweringen
 Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg
 Herr KTA Dr. Arne Röhrs, 27318 Hilgermissen
 Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald

KT-Vors. Dera eröffnet um 15:05 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere den Vertreter der heimischen Presse sowie die zahlreichen Zuschauer auf der Tribüne, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Kreistages sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- | | | |
|--------|---|-------------------|
| TOP 1: | Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 19.10.2012 | |
| TOP 2: | Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 NKomVG | 2012/213 |
| TOP 3: | Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 NKomVG | 2012/249 |
| TOP 4: | Sitzübergang auf Herrn Hans-Hermann Steinmann, Frestorfer Dorfstraße 5, 31592 Stolzenau | 2012/214 |
| TOP 5: | Sitzübergang auf Herrn Bernd Heckmann, Oberes Feld 101, 31608 Marklohe | 2012/250 |
| TOP 6: | Umbesetzung von Ausschüssen | 2012/256 |
| TOP 7: | Haushaltsplanung 2013 | 2012/043/1 |
| TOP 8: | Zusammenfassung der Hauptschule Hoya und der Realschule Hoya zu einer Oberschule Hoya; Anträge der SG Grafschaft Hoya und der CDU-Kreistagsfraktion | 2012/206/1 |
| TOP 9: | Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Übernahme der Schulträgerschaft für alle weiterführenden Schulen der Stadt Nienburg | 2012/220/1 |

- TOP 10: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu den Schulbezirken aller weiterführenden Schulen
2012/221/1
- TOP 11: Festsetzung der Überschwemmungsgebiete "Bruch- und Kolkgraben", "Rottbach" und "Winzlarer Dorfgraben";
hier: Beschluss zur Festsetzung der Überschwemmungsgebiete
2012/188
- TOP 12: Berufung von Gruppenvertretern in die kommunalen Schulausschüsse
2012/258
- TOP 13: Berufung sozial erfahrener Personen
2012/224/1
- TOP 14: Anpassung der Geschäftsordnung
2012/257
- TOP 15: Audit berufundfamilie;
Umwandlung der Großtagespflegestelle (GTP) in eine Krippe
hier: Gebührensatzung
2012/259/1
- TOP 16: Annahme von Zuwendungen durch den Kreistag
2012/253
- TOP 17: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 18: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat
gez. Dera	gez. Rötschke	gez. Kohlmeier
Kreistagsvorsitzender	Kreisamtsrat	Kohlmeier



Protokoll zu TOP 1

14.12.2012

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages
vom 19.10.2012**

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt das Protokoll aus seiner öffentlichen Sitzung vom
19.10.2012.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2012/213

14.12.2012

Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 NKomVG

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Kreistag stellt gemäß § 52 Absatz 2 NKomVG fest, dass durch Verzichtserklärung die Mitgliedschaft von Frau Tanja Schröder-Bohm als Abgeordnete im Kreistag beendet ist.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 3

2012/249

14.12.2012

Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 NKomVG

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Kreistag stellt gemäß § 52 Absatz 2 NKomVG fest, dass durch Verzichtserklärung die Mitgliedschaft von Herrn Dr. Arne Röhrs als Abgeordneter im Kreistag beendet ist.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 4

2012/214

14.12.2012

**Sitzübergang auf Herrn Hans-Hermann Steinmann, Frestorfer Dorfstraße 5,
31592 Stolzenau**

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Kreistag nimmt von dem Sitzübergang auf den Abgeordneten Herrn
Hans-Hermann Steinmann Kenntnis.

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 5

2012/250

14.12.2012

Sitzübergang auf Herrn Bernd Heckmann, Oberes Feld 101, 31608 Marklohe

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Kreistag nimmt von dem Sitzübergang auf den Abgeordneten Herrn Bernd Heckmann Kenntnis.

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 6

2012/256

14.12.2012

Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Kreistag stellt die Umbesetzungen der Ausschüsse fest.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 7

2012/043/1

14.12.2012

Haushaltsplanung 2013

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2013 in der jetzt vorliegenden Fassung werden beschlossen.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 23 Ja-Stimmen 19 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier legt dar, dass der Haushalt 2013 einen Überschuss ausweise, der es erlaube die Liquiditätskredite zurück zu führen. Dies sei jedoch Ergebnis einer außerordentlich guten Konjunkturlage, die so in den Folgejahren nicht zu erwarten sei. Der Annahme des Städte- und Gemeindebundes, dass sich die Finanzlage des Landkreises nachhaltig stabilisieren werde, könne er nicht folgen. So würden die Entlastungen in der Grundsicherung durch Steigerungen in anderen Hilfebereichen aufgezehrt. Unterm Strich bleibe kein Spielraum, auf die Anhebung der Kreisumlagesätze zu verzichten.

Die Senkung der Kreisumlage für das Jahr 2012 habe unter dem Leitgedanken gestanden, die Gemeinden an einer positiven Haushaltsentwicklung zu beteiligen und ihnen Handlungsfreiräume zu ermöglichen. Diese positive Entwicklung habe es nicht gegeben. Eine Rücknahme der Umlagereduzierung sei daher konsequent und im Verhältnis der kommunalen Ebenen zueinander auch angemessen.

Diese Feststellung schließe nicht aus, dass Landkreis und Kommunen die Entwicklung der Kosten in der Kinderbetreuung gemeinsam in den Blick nehmen müssten. Die Kommunen hätten hier in den zurückliegenden Jahren enorme Anstrengungen unternommen. Die dadurch ausgelösten Kosten würden massiv Einfluss auf die kommunalen Haushalte nehmen.

Gleichzeitig sei die Frage der Bereitstellung kommunaler Betreuungsangebote aber auch Teil eines zentralen „Zukunftsthemas“ geworden. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im ländlichen Raum bekomme mit den spürbar werdenden Folgen des demografischen Wandels eine immer höhere Bedeutung.

Es würde daher nicht ausreichen, in den kommenden Jahren nur über eine monetäre Verteilung der Lasten zu sprechen, vielmehr müsse man in den Dialog über gemeinsame Zielsetzungen eintreten und gemeinsam Entwicklungen fördern.

Hierfür müssten finanzielle Freiräume geschaffen werden, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten.

KOAR Dachs erläutert mit Bezug auf die Vorlage die wesentlichen Haushaltsdaten des Haushaltes 2013.

Stellv. Landrat Bomhoff führt aus, dass sich der Ergebnishaushalt mit einem Überschuss von 1,16 Mio. € erfreulich entwickelt habe. Im Finanzhaushalt seien Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von knapp 166,4 Mio. € und Auszahlungen von knapp 161,9 Mio. € geplant. Dies ergebe ein Saldo von 4,5 Mio. €, das für die planmäßige Kredittilgung eingesetzt werden könne.

Insgesamt würden für die Finanzierung von Investitionen Kredite in Höhe von knapp 9 Mio. € aufgenommen. Damit ergebe sich eine Neuverschuldung von 4,5 Mio. €. Der Schwerpunkt der Investitionen liege im kommenden Jahr im Bereich der Schulen und Kreisstraßen.

Die Haushaltssatzung sehe vor, die Umlage wieder auf 53 % bei der Steuerkraft und 47 % bei den Schlüsselzuweisungen festzusetzen. Damit werde die Senkung des Vorjahres zurückgenommen. Natürlich stoße dies nicht auf die Zustimmung der kreisangehörigen Gemeinden. Es müsse in diesem Zusammenhang jedoch auch festgehalten werden, dass die Anhebung der Umlagesätze auf die alte Höhe Teil des Haushaltssicherungskonzeptes sei, das vom Kreistag mit dem ersten Nachtragshaushalt einstimmig beschlossen worden sei.

Die Liquiditätskredite blieben trotz Umlageerhöhung bei ungefähr 25 Mio. €. Für eine geringere Kreisumlage sei daher im Augenblick kein Spielraum vorhanden.

Insgesamt bleibe die kommunale Ebene nach wie vor unterfinanziert. Das betreffe sowohl die Gemeinden und Städte als auch die Landkreise. Darüber könne auch die momentane Entspannung sowie die wirtschaftlich gute Lage nicht hinwegtäuschen.

Die Unterfinanzierung werde insbesondere in den Produktbereichen Soziales und Jugend deutlich. Im Bereich Jugend stiege der Zuschussbedarf im kommenden Jahr auf 21,9 Mio. €. Die Aufwendungen im Bereich Soziales würden plangemäß in den kommenden Jahren weiter steigen, sodass der Zuschussbedarf in 2016 bei 25,2 Mio. € liegen werde.

Ab 2014 übernehme der Bund 100 % der Kosten für die Grundsicherung. Allerdings plane das Land, 20 bis 25 % der Erstattungen ab 2014 für sich einzubehalten. Aus Sicht des Kreises könne dies nicht richtig sein, zumal es der Gemeindefinanzkommission gerade um die Entlastung der kommunalen Ebene und nicht um die Entlastung der Länder ginge.

Die Aufwendungen für das Personal würden 2013 bei rund 33,5 Mio. € liegen. Dies sei gegenüber dem Jahr 2012 eine Steigerung um 2 Mio. €. Hier würden die Anfang des Jahres neu geschaffenen Stellen zu buche schlagen.

Im Haushalt 2013 würden erstmals Beträge für die Errichtung der IGS berücksichtigt. Die eingesetzten Mittel und Verpflichtungsermächtigungen seien erforderlich, um die vom Kreistag beschlossene Errichtung einer IGS fristgerecht zum Beginn des kommenden Schuljahres zunächst übergangsweise in der Friedrich-Fröbel-Schule und später in dem noch zu errichtenden Neubau umzusetzen.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion hätten aus diesem Grund sich nicht dazu entschließen können, dem Haushalt zuzustimmen. Der Finanzausschuss lege dem Kreistag daher den Haushaltsplan nicht einstimmig, sondern mit Stimmenmehrheit der Kooperation vor.

KTA Bergmann-Kramer betont, dass seiner Fraktion die Kassenkredite auf Dauer Sorge machen würden. Diese würden zwar nicht ansteigen, aber bis 2016 die gleiche Höhe behalten. Grundsätzlich sei seine Fraktion mit den Vorgaben des Haushaltes einverstanden.

Allerdings belaste die geplante Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule auf die nächsten drei Jahre verteilt den Kreishaushalt mit ca. 20 Mio. €.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Kinderzahlen um fast 30 % zurückgingen, stelle sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit. Mit dieser Investition belaste der Landkreis in den kommenden Jahren seinen Haushalt, obwohl es ihm selbst bei der aktuell günstigen wirtschaftlichen Lage nicht gelinge, die Verschuldung zu senken. Dies werde dem Landkreis ohnehin schon in kommenden Jahren noch schwerer fallen.

Die vom Landrat erhofften finanziellen Freiräume seien daher nicht denkbar.

Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt 2013 nicht zustimmen.

KTA Brunschön erinnert, dass der Kreistag seit der Verabschiedung des Haushaltes 2012 im Februar des Jahres einige Male kräftig durchgeschüttelt worden sei. Nach dem zweiten Nachtrag habe sich das Blatt wieder zum Positiven gewendet. Der Haushalt 2012 sei ausgeglichen und es bestehe Hoffnung, dass die Schlussrechnung mit schwarzen Zahlen zu buche schlage.

Der Haushalt 2013 komme zu einem Überschuss von 1,2 Mio. €, die zur weiteren Deckung der Kassenkredite verwendet werden könnten. Bund, Land und Kommunen profitierten von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Die verbesserte Einnahmesituation sollte zum Abbau der Altschulden und für gute und notwendige Zukunftsinvestitionen genutzt werden.

Hierzu gehörten mit erster Priorität gezielte Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, wie z. B. in die inklusive Kinderbetreuung oder in die Einrichtung und den Neubau einer IGS.

Unter dem Aspekt der Bildungsinfrastruktur sei auch die weitere Schulentwicklungsplanung zu sehen. Die vorgesehene Arbeitsgruppe solle der Politik transparente Vorschläge zur Entscheidung vorlegen. Dabei müsse deutlich gesagt werden, dass nicht alle Schulen im Landkreis Nienburg erhalten werden könnten. Die Demographie, das Anwahlverfahren bei den Sekundarstufen, die neue IGS und die Inklusion erforderten hier eine intensive Diskussion.

Seine Fraktion wolle ein möglichst breites Schulangebot in der Fläche. Allerdings sollten die Schulen auch ein gutes pädagogisches Konzept bieten. Dies sei nicht jeder „Mini-Schule“ möglich.

Ein zweites Ziel für die Zukunft verbinde sich mit dem regionalen Raumordnungsprogramm, insbesondere mit dem Teilplan „Wind“. Dies müsse zügig fortgeführt und abgeschlossen werden, um den Beitrag des Landkreises zur Energiewende zu erhöhen und um Eigentümern und Investoren endlich Planungs- und Handlungssicherheit zu geben. Dies generiere Steuereinnahmen und schaffe Arbeitsplätze.

Ein drittes Ziel müsse die Haushaltskonsolidierung sein.

Vor zwei Jahren habe der Kreistag noch über die Erhöhung der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte diskutiert, um eine Konsolidierung des Kreishaushaltes zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund müssten die Kommunen mit dem jetzigen Stand der Hebesätze gut auskommen, da die zusätzlichen Steuereinnahmen, von denen der Kreis profitiere, auch den Kommunen zugeflossen sei.

Unverständlich sei die Ablehnung des soliden Zahlenwerkes durch die CDU-Fraktion. Sie lehne dieses Gesamtpaket ab, weil sie sich an 300.000 € für die Planungsvorbereitung bzw. 1,6 Mio. € Verpflichtungsermächtigung für eine IGS störe. Mit dieser Ablehnung blockiere sie aber nicht nur die Verpflichtungsermächtigung und die Planungskosten, sondern mache möglicherweise die Verwaltung handlungsunfähig.

Die Ablehnung mache es seiner Fraktion schwer, die CDU-Fraktion weiter unvoreingenommen auf dem Wege zur Gestaltung einer gerechteren, vielfältigeren Bildungslandschaft in unserem Landkreis mitzunehmen.

KTA Werner begrüßt, dass mit dem Haushaltsplan Mittel für die IGS bereitgestellt würden und die Kürzungen im Bereich Museum, Theater und im freiwilligen Bereich zurückgenommen worden seien.

Negativ falle ihm jedoch die Entwicklung der Personalkosten auf, die innerhalb von zwei Jahren, um rund 3 Mio. € gestiegen seien.

Die Erhöhung der Kreisumlage sei für ihn nicht nachvollziehbar. Auch die Gemeinden bräuchten finanzielle Spielräume, die ihnen der Landkreis nicht nehmen dürfe.

Zudem bedeute Investition in Bildung nicht nur die Investition in Gebäude, sondern auch in Qualität und pädagogische Inhalte. Auch bei den für die Inklusion benannten Schwerpunktschulen kämen inhaltliche, qualitätsmäßige Aufgaben auf den Landkreis zu. Es dürfe daher nicht nur in die IGS investiert werden. Vielmehr müsse auch für eine gute Ausstattung der anderen Schulen Geld fließen.

Insgesamt würden bei ihm trotz guter Zahlen und Ansätze im Haushalt die Bedenken in Bezug auf die Kreisumlage überwiegen. Insofern werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

KTA Heineking äußert, dass das Land Niedersachsen im Gegensatz zum Bund die Konnexität in der Verfassung verankert habe. Der kommunale Finanzausgleich werde im nächsten Jahr mit 3,3 Mrd. € so viel Geld für die Kommunen übrig haben, wie nie zuvor. Dies habe insbesondere damit zu tun, dass die Landesregierung im Jahre 2007 den Flächenfaktor im Lande Niedersachsen eingeführt habe.

In der Diskussion um die Höhe der Kreisumlage müsse berücksichtigt werden, dass die Landkreise im besonderen Fokus des Landes ständen. Wenn diese ihre finanzielle Situation nicht zukunftsfähig gestalten könnten, würde es sicherlich zu Veränderungen kommen. Müsse der Landkreis die Einnahmeseite verbessern, habe er nur die Möglichkeit, die Kreisumlage zu erhöhen

Sehr erfreulich sei, dass man bei den Kommunen in Zukunft bei der Unterhaltung der Krippenplätze von einer deutlich höheren Beteiligung des Landes ausgehen dürfe. Das sollte auch die kommunalen Haushalte entlasten.

Seine Fraktion sei im Prinzip nicht gegen Gesamtschulen oder gegen Integrierten Gesamtschulen. Diese gehörten zum Bildungsangebot in Niedersachsen. Allerdings bedürfe deren Einrichtung gewisser Voraussetzungen.

Im Landkreis Nienburg gebe es sehr gute Gymnasien, die auf hohem Niveau guten Unterricht machen könnten. Diese Strukturen würden durch ein weiteres Schulangebot gefährdet.

Die Einführung von Oberschulen biete im Landkreis die Möglichkeit, alle Schülerinnen und Schüler mitzunehmen.

In den nächsten Jahren seien herausragende Aufgaben im Bereich der Schulen zu bewältigen. Der Kreistag sollte sich bemühen, seine Kraft in den Betrieb von Ganztagschulen und in die Qualität zu stecken und sich intensiv um die Ausstattung der Schulen und die Inklusion kümmern.

Vor diesem Hintergrund lehne seine Fraktion den Kreishaushalt ab.

KTA Kretschmer bringt zum Ausdruck, für sie sei der Knackpunkt des Haushaltes die Erhöhung der Kreisumlage. Die Kommunen im Landkreis Nienburg seien genauso hoch verschuldet wie der Landkreis selbst. Dennoch müssten diese vor Ort ihre sozialen Aufgaben, wie Jugendarbeit, Sportförderung und Kulturförderung, bewältigen und die Attraktivität für Einwohner und Wirtschaft vor Ort sichern.

Die Erhöhung der Kreisumlage werde es den Kommunen erschweren, diese sozialen Aufgaben umzusetzen.

Der Landkreis dürfe nicht jedes Jahr seine Entscheidungen umwerfen und müsse den Kommunen Planungssicherheit geben. Die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis müssten auf die mittelfristigen Entscheidungen und Beschlüsse des Kreistages vertrauen dürfen.

Stellv. Landrat Jürgen Leseberg erklärt, dass der Kreistag die Einnahmesituation bzw. die finanzielle Situation des Landkreises kaum beeinflussen könne. Er würde maximal über 1 % der Gesamtkosten, nämlich die freiwilligen Ausgaben, entscheiden. Alle anderen Leistungen seien vom Gesetzgeber vorgegeben.

Die Minuszahlen im Sozial- und Jugendbereich werde der Landkreis nie aus eigener Kraft ausgleichen können. Er sei darauf angewiesen, dass der Gesetzgeber, die von ihm ausgelösten Kosten übernehme. So sei auch für die Kinderbetreuung das Konnexitätsprinzip anzuwenden.

Seine Fraktion stehe dazu, die Kreisumlagensenkung zurückzunehmen. Die Entscheidung sei angesichts der Haushaltssituation richtig.

Die Wählergemeinschaft werde dem Haushalt in vollem Umfang zustimmen.

KTA Brieber macht darauf aufmerksam, dass nicht die Kooperation alleine, sondern eine deutliche Kreistagsmehrheit die IGS beschlossen habe.

Insofern sei die Ablehnung des Haushaltes durch die CDU-Fraktion nicht nachvollziehbar.

KTA Sanftleben betont, dass seine Fraktion die Sorgen hinsichtlich der Kassenkredite teile. Die Kommunen seien unterfinanziert und der Landkreis könne wenig Einfluss auf seine Haushaltssituation nehmen.

Es sei daher umso wichtiger, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass dort die erforderlichen Veränderungen stattfinden würden. Die Grundsicherung sei ein erster wichtiger Schritt, um Entlastungen zu schaffen. Er reiche jedoch nicht aus. Es sei ein Skandal, dass die Kommunen flächendeckend gezwungen seien, gesetzeswidrig die Kassenkredite zu missbrauchen, um die laufenden Ausgaben zu bezahlen.

KTA Werner erwidert, dass der Landkreis sehr wohl Einfluss auf die Kosten im Sozial- und Jugendbereich nehmen könne, in dem er Rahmenbedingungen gestalte und in Infrastruktur investiere.

Er könne die Verantwortung nicht nur nach Berlin und nach Hannover schieben, sondern müsse einen Teil dazu beizutragen.



Protokoll zu TOP 8

2012/206/1

14.12.2012

Zusammenfassung der Hauptschule Hoya und der Realschule Hoya zu einer Oberschule Hoya; Anträge der SG Grafschaft Hoya und der CDU-Kreistagsfraktion

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Hauptschule Hoya und die Realschule Hoya werden zu einer Oberschule Hoya zusammengefasst. Die Zusammenlegung soll zum 01.08.2014 erfolgen.

Eine Genehmigung dieser Maßnahme ist gemäß § 106 Absätze 1,3 und 8 NSchG beim Land Niedersachsen zu beantragen.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 41 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimmen -- Enthaltungen

Beratungsgang:

KTA Koch erläutert, die CDU-Fraktion habe drei Anträge gestellt, die dazu dienen sollten, die Bildung zu fördern und sich auf die veränderte Schullandschaft einzustellen.

Hierzu gehöre, dass die Realschule und die Hauptschule in Hoya zum 01.08.2013 zu einer Oberschule zusammengeschlossen werden sollten.

Der Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen habe sich am 22.11. mit der Zusammenlegung befasst und eine Zusammenlegung zum 1. August 2015 empfohlen, da zu diesem Zeitpunkt keine Hauptschüler mehr in Eystrup beschult würden.

Der Rat der Samtgemeinde Hoya habe nunmehr jedoch den Antrag gestellt, bereits zum 1. August 2013 eine Oberschule in Hoya einzurichten. Die CDU-Fraktion unterstützte diesen Antrag, weil sie die Einrichtung einer Oberschule am Schulzentrum Hoya für nötig halte und den Schülern im Bereich der Hauptschule Hoya frühzeitig den Besuch einer Oberschule ermöglichen wolle.

Damit solle auch der Sorge Rechnung getragen werden, dass Schüler abwandern könnten.

Zudem werde eine Oberschule jahrgangsweise aufgebaut. Dadurch würde es noch einige Jahre dauern, bis alle Schüler die Oberschule besuchen könnten.

In der Diskussion im Schulausschuss sei der Hinweis der Lehrerschaft zum Tragen gekommen, dass dies nicht so kurzfristig zu schaffen sei. Vor diesem Hintergrund habe man sich auf den Kompromiss verständigt, die Oberschule nicht zum 01.08.2014 starten zu lassen.

Diesen Kompromiss trage die CDU-Fraktion mit.

KTA Sanftleben betont, dass die Fraktionen unterschiedliche Vorstellungen zu Details im Bildungsbereich hätten. Es habe aber auch in der Vergangenheit immer wieder Gemeinsamkeiten und die Möglichkeit gegeben, in wichtigen Fragen an einem Strang ziehen zu können.

Der vorgestellte Kompromiss nehme Rücksicht auf den Unmut in den beiden Schulen.

KTA Briber erklärt, dass die SPD-Fraktion nicht immer für die Oberschule gewesen sei, aber gerne konstruktiv an der Ausgestaltung der Schullandschaft mitarbeite. Deswegen sei sie im Schulausschuss zusammen mit der CDU für diesen Kompromiss eingetreten. Die Verschiebung der Zusammenlegung trage nicht nur den Aussagen der Schulleitung sondern auch der Elternvertreter Rechnung.

KTA Kretschmer erwidert, dass es eine gültige Beschlusslage gebe. Der aufgebaute Zeitdruck sei daher nicht nachvollziehbar. Die Schulen bräuchten Planungssicherheit und die nötige Zeit, um ein gemeinsames pädagogisches Konzept zu erarbeiten. Sie werde den Beschlussvorschlag daher nicht zustimmen und hoffe, dass der Vorstoß der CDU-Fraktion nicht dem Ziel diene, die Einrichtung einer IGS in Hoya zu verhindern.

KTA Bergmann-Kramer weist darauf hin, dass sich der Rat der Samtgemeinde Grafschaft Hoya einstimmig dafür ausgesprochen habe, diesen Antrag zu stellen. Das eigentliche Problem sei, dass die beiden Schulen die Zusammenlegung nicht wollen würden.

KTA Kretschmer ist der Auffassung, dass genau diese Ablehnung eine schlechte Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit sei. Der Kreistag solle den Schulen die Zeit geben zueinander zu finden.

KTA Briber hebt hervor, dass es nicht darum gehe organisatorisch etwas zusammen zu bringen, sondern darum, den Kindern bessere Chancen zu geben. Insbesondere die Hauptschüler würden von der Einrichtung der Oberschule profitieren.

KTA Hölke würdigt, dass es gelungen sei, sich im Ausschuss für allgemein bildenden Schulen zu einem Kompromiss durchzuringen.



Protokoll zu TOP 9

2012/220/1

14.12.2012

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Übernahme der Schulträgerschaft für alle weiterführenden Schulen der Stadt Nienburg

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Angelegenheit wird in dem noch zu bildenden Arbeitskreis für die Schulentwicklungsplanung thematisiert und anschließend dem Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen zur Entscheidung vorgelegt werden.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 23 Ja-Stimmen 18 Nein-Stimmen -- Enthaltungen

Beratungsgang:

KTA Koch führt aus, dass die Schulen im Landkreis und in der Stadt von einem Schulamt verwaltet werden sollten. Die CDU-Fraktion erwarte damit eine effizientere Arbeit und eine leichtere Abstimmung in der sich verändernden Schullandschaft. Die Schulträgerschaft sei auf Antrag der Stadt Nienburg am 07.11.1975 vom Regierungspräsidenten an die Stadt übertragen worden. Der Landkreis habe der Übertragung an die Stadt damals nicht zugestimmt.

Eine Rückübertragung der Schulträgerschaft könne nur mit der Zustimmung der Stadt erfolgen.

Die CDU-Fraktion wolle keine Konfrontation mit der Stadt, sondern eine bessere Zusammenarbeit und Abstimmung.

Gerade bei der Diskussion über die Einrichtung der IGS sei deutlich geworden, dass die Abstimmung nicht gut gelungen sei. Der Beschluss, die IGS an der BBS einzurichten, sei bei der Stadt nicht auf Zustimmung gestoßen.

Die CDU erwartet von einer gemeinsamen Verwaltung der Schullandschaft Vorteile für alle Schüler, aber auch eine kostengünstigere Verwaltung.

Zwischen Stadt und Landkreis gebe es große Verflechtungen. So würden Schüler aus dem Nordkreis Nienburger Gymnasien besuchen. Nach der Einrichtung einer IGS würden die Schüler aus dem gesamten Kreisgebiet die Chance haben, die Schule in Nienburg zu besuchen. Zudem würden Schüler aus der Samtgemeinde Mittelweser zum Teil in Langendamm beschult.

Um all dieses abzustimmen, wäre eine Einheit sinnvoll.

Im Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen wurde dies am 08. November mehrheitlich so gesehen. Allerdings habe die Kooperation die Angelegenheit in den Arbeitskreis verweisen wollen.

Es sei jedoch ureigenste Aufgabe der politischen Gremien und der Verwaltung, Verhandlungen mit der Stadt zu führen.

KTA Werner hebt hervor, dass eine Rückübertragung der Schulträgerschaft nur mit Zustimmung der Stadt Nienburg durchsetzbar sei. Die Entscheidung sei daher eine politische Entscheidung der Stadt.

Es sei wichtig, dass man sich die notwendige Zeit nehme, um diese Diskussion zu führen. Eine einseitige Beauftragung der Verwaltung setze das falsche Zeichen.

KTA Höltnke äußert, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich die Übertragung der Schulträgerschaft unterstütze. Es könne jedoch schwierig werden, die Stadt Nienburg mit ins Boot zu nehmen. Im Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen sei dieses Thema eingehend diskutiert und im Ergebnis empfohlen worden, die Thematik an den Arbeitskreis „Schulentwicklung“ zu dirigieren.

Die Entscheidung werde damit nicht der Politik entzogen, da die Ergebnisse des Arbeitskreises dem Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen zur Beratung vorgelegt würden.

KTA Warnecke betont, dass in der Beratung und Entwicklung der Schullandschaft im Landkreis Konsens dringend erforderlich sei.

Wenn man eine bessere Zusammenarbeit wolle, dürfe man keine „feindliche Übernahme“ anstreben, sondern müsse sich gemeinsam an einen Tisch setzen und mit offenen Karten das vorantreiben, was gebraucht würde.

Eine konstruktive Entwicklung der Bildungslandschaft sei nur im konstruktiven Miteinander möglich. Dazu gehöre miteinander in Achtung der Fähigkeiten von Stadt und Landkreis als jeweiligen Schulträger umzugehen.

Wenn ein Optimum für alle Schüler und für alle Kommunen erreicht werden solle, sei dies nur durch eine vernünftige Zusammenarbeit im Arbeitskreis möglich.

KTA Koch legt dar, dass die CDU-Fraktion nicht fordere, unmittelbar die Schulträgerschaft zu übernehmen, sondern hierüber in Verhandlungen mit der Stadt Nienburg einzutreten. Dies sei nicht Aufgabe eines Arbeitskreises, sondern ureigenste Aufgabe der Verwaltung und der gewählten Abgeordneten des Kreistages.

Die CDU-Fraktion wolle vernünftige Verhandlungen und ein Aufeinanderzugehen mit der Stadt Nienburg und keine Konfrontation.

Er beantrage, über den ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen.

KTA Kretschmer bekundet, ihr sei nicht bekannt, dass die Stadt Nienburg ein Signal gesetzt habe, dass sie in dieser Frage zu Gesprächen bereit sei. Vielmehr habe sie gelesen, dass die Stadt Nienburg ihre Schulträgerschaft behalten wolle. Bevor ein solcher Beschluss vorgelegt werde, müssten zunächst entsprechende Gespräche geführt werden.

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, Verhandlungen mit der Stadt Nienburg aufzunehmen, um die Trägerschaft für alle Schulen des Sekundarbereichs, einschließlich der Stadt Nienburg, zu übernehmen.“, wird mit 16 Ja-, 23 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Der Kreistag trifft sodann den eingangs genannten Beschluss.



Protokoll zu TOP 10

2012/221/1

14.12.2012

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu den Schulbezirken aller weiterführenden Schulen

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Angelegenheit wird in dem noch zu bildenden Arbeitskreis für die Schulentwicklungsplanung thematisiert und anschließend dem Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen zur Entscheidung vorgelegt werden.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Koch legt dar, die Kreistagsfraktion fordere die Aufhebung der Schulbezirke, um allen Schülern aus dem Kreisgebiet eine freie Schulwahl zu ermöglichen.

Hierzu sei festzustellen, dass es schon in einigen Bereichen des Landkreises keine Schulbezirke mehr gebe. Mit der Einrichtung einer IGS im Stadtgebiet werde zudem ein Teil der Schülerinnen und Schüler das Recht haben, sich frei für eine Schule im Kreis zu entscheiden. Dieses Recht sollten auch alle anderen Schüler haben.

Durch die Aufhebung der Schulbezirke im Bereich der Stadt Nienburg könnten deren Schüler die Wahl einer Schule in Umlandgemeinden ermöglicht werden. Hiermit solle eine weitere Konzentration zu Lasten der Samtgemeinden vorgebeugt werden.

Die Mitglieder im Ausschuss für allgemein bildende Schulen seien mehrheitlich der Auffassung gewesen, dass dieses Thema in dem zu bildenden Arbeitskreis vorzubereiten und danach an den Ausschuss für allgemein bildende Schulen zur Entscheidung zu übertragen sei.



Protokoll zu TOP 11

2012/188

14.12.2012

**Festsetzung der Überschwemmungsgebiete "Bruch- und Kolkgraben",
"Rottbach" und "Winzlarer Dorfgraben";
hier: Beschluss zur Festsetzung der Überschwemmungsgebiete**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Verordnungen über die Festsetzung der Überschwemmungsgebiete
„Bruch- und Kolkgraben“, „Rottbach“ und „Winzlarer Dorfgraben“ werden be-
schlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



2012/258

14.12.2012

Berufung von Gruppenvertretern in die kommunalen Schulausschüsse

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

In den Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen werden berufen:

Als Schülervorteiler/innen für den Zeitraum bis 30.04.2014 (Ablauf halbe Wahlperiode):

Mitglied: Viviane Gladow (Realschule Marklohe)

Ersatzmitglied: Lars Dreeke (Hauptschule Liebenau)

In den Ausschuss für die berufsbildenden Schulen wird berufen:

Timo Bergmann (BBS Nienburg)

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 13

2012/224/1

14.12.2012

Berufung sozial erfahrener Personen

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Als sozial erfahrene Personen werden Herr Bernhard Döring, Rehburg-Loccum, und Frau Marion Schaper, Nienburg, sowie als Stellvertreter Frau Claudia Amend, Hoya, und Heinz-Dieter Rohlf, Nienburg, berufen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 14

2012/257

14.12.2012

Anpassung der Geschäftsordnung

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

In § 25 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kreistages wird für den Ausschuss für Brandschutz und Rettungswesen unter e) der Ärztliche Leiter oder die Ärztliche Leiterin Rettungsdienst aufgenommen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 15

2012/259/1

14.12.2012

**Audit berufundfamilie;
Umwandlung der Großtagespflegestelle (GTP) in eine Krippe
hier: Gebührensatzung**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Gebührensatzung für die Kindertagesstätte „Bärentatzen“ des Landkreises
/ Nienburg/Weser in der vorliegenden Form wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



2012/253

14.12.2012

Annahme von Zuwendungen durch den Kreistag

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Annahme der Zuwendungen wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KOAR Dachs führt aus, dass in der Vorlage eine Spendenzusage, des Fördervereines der GOBS Heemsen noch nicht enthalten sei.

Von dort sollten insgesamt 2.074,43 Euro für Office-Lizenzen, Technik-Ralley, Versuchsmaterial für den Fachbereich Naturwissenschaften, Weihnachtsbaum und Süßigkeiten sowie für eine Fahrt der Ski-AG zum Snowdome nach Bispingen gespendet werden.

Sie bitte, diese Spende in den Beschluss mit aufzunehmen.



Protokoll zu TOP 17

14.12.2012

Mitteilungen/Anfragen

Beratungsgang:

Es werden keine Mitteilungen abgegeben und keine Anfragen gestellt.



Protokoll zu TOP 18

14.12.2012

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.